

Neustart, nicht nur für die Schweiz

AUS ZÜRICH
REINER METZGER

Was hat die Schweiz, was viele andere nicht haben? Sie hat wirklich existierende, große Wohnprojekte nach dem Gedanken der Commons, der Gemeinwirtschaft. Sie sind sozial durchmischte, weil sie preiswert gebaut sind und dabei viel umweltfreundlicher als der Durchschnitt. Und das trotz – oder vielmehr gerade wegen – einer Lage mitten in der Stadt.

Ein erstes Pilotprojekt wurde schon 2001 bezogen, das Kraftwerk 1 in Zürich-West. Es hat sich in Zürich, aber auch in Luzern und Genf, eine neue Genossenschaftsbewegung entwickelt. Bauprojekte für gemeinschaftliches Wohnen werden fertig, das größte heißt „Mehr als Wohnen“. Auf einem alten Industriegelände werden dafür in Zürich-Nord gerade 185 Millionen Franken verbaut für die 450 Wohnungen von 1.100 Menschen, dazu tausende Quadratmeter für Einzelhandel und produzierendes Gewerbe. Der Einzug ist ab Herbst 2014 geplant.

Was ist das zentrale Thema dieser Projekte? Es geht um die Wiederbelebung der Stadtquartiere: wohnen, arbeiten, begegnen – eng zusammen. Darum, die „Explosion der modernen Städte“ ab etwa den 60er Jahren in Gewerbegebiete, Einkaufszentren, Kulturstätten und verstreute Schlafquartiere rückgängig zu machen, wie es in einer Broschüre des Vereins Neustart Schweiz heißt. Dieser Verein und Genossenschaften wie NeNa1 (von Neuer Nachbarschaft) sind Anlaufpunkte für Interessenten an dieser neuen Wohnform.

Ein wenig theoretisch-praktischer Überbau ist schon nötig, damit die Gemeinwirtschaft auch funktioniert: „Bei einem gemischt genutzten Projekt ist es essentiell, nicht einfach loszubauen. Sondern schon ab der ersten Planung die später am Wohnen Interessierten einzubeziehen“, sagt Res Keller. Er ist Geschäftsführer der Genossenschaft Kalkbreite in Zürich. 230 künftige Bewohner und 25 Gewerbebetriebe ziehen ab April in den Neubau an der Kalkbreitestraße, die Planung läuft seit 2007.

Die Form der Genossenschaft erlaubt, das Ganze abzusichern vor unerwünschten Bestimmungen. Es gilt: ein Bewohner, eine Stimme. Eine weitere wichtige Rolle spielte auch, dass in Zürich

PROJEKTE In der Schweiz hat sich eine neue Genossenschaftsbewegung entwickelt: Gemeinsames Wohnen und Arbeiten wird in verschiedenen Bauvorhaben realisiert

schon 20 Prozent der Wohnungen von Genossenschaften gebaut sind. Das ist eine traditionelle Zürcher Form der Förderung von Wohnraum für die nicht so gut Verdienenden in der reichen Stadt.

„Die Genossenschaften haben meist am jeweiligen Stadtrand gebaut, und meist nur Wohnungen“, sagt Keller. Da war schon lange kein Gedanke mehr an eine selbstbestimmte Gemeinwirtschaft.

Die künftigen Bewohner der Kalkbreite legten zu Beginn der Planung die Projektziele und den Nutzungsmix fest. Sie schufen ein System von Gremien mit Ehrenamtlichen und Profis für die Verwaltung und das Soziale, für die Technik und für die Entscheidung, wer von den vielen Bewerbern schließlich einziehen soll.

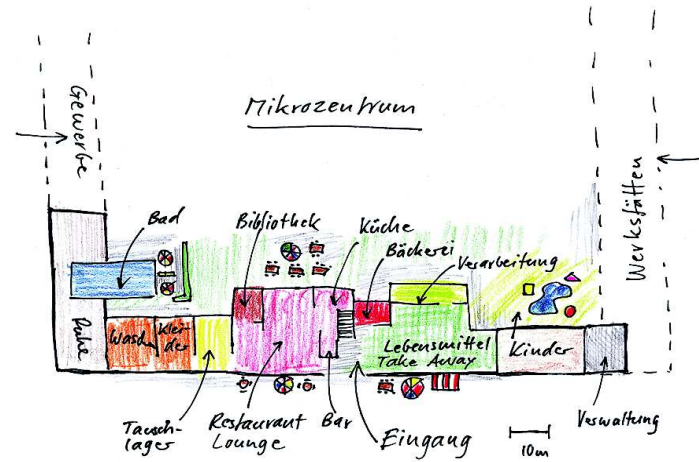
Die Kalkbreite war ein über 6.000 Quadratmeter großer Abstellplatz für Straßenbahnen. Die sind nun umbaut von einem ringförmigen gelben Gebäude mit vielen Fenstern. Die Straßenbahnen parken unter einem 2.500 Quadratmeter großen Betondach, auf dem sich ein Hof samt Bäumen, Gärten und Bänken befindet, der auch für Nichtmieter zugänglich ist. Es gibt Wohnungen für die unterschied-

lichsten Lebensformen: Wohngemeinschaften, Single-, Paar- und Familienhaushalte. Je acht bis zwölf Einpersonenzimmern bilden ein Cluster, also eine Traube, mit gemeinschaftlicher Infrastruktur.

Alle Bewohner nutzen möglichst viele Räume und Technik gemeinsam. „Nicht jeder Einzelne braucht für sich exklusiv Gästezimmer, Waschmaschine oder ein großes Wohnzimmer für die Feiern im Jahr, diese Dinge werden geteilt“, erklärt Fred Frohofer. Frohofer ist im Vorstand der Vereins Neustart Schweiz. Und er zieht in die Kalkbreite.

Das Teilen von Räumen spart viel Platz: Wird derzeit in Zürich im Schnitt bei Neubauten pro Kopf eine Wohnfläche von 50 Quadratmetern verbaut, sind es in der Kalkbreite nur knapp 35, rechnet Res Keller vor. Das ermöglicht für Zürich günstige Mieten von etwa 2.000 Franken monatlich für eine 100-Quadratmeter-Wohnung.

20 Wohnungen mit insgesamt über 50 Bewohnern haben sich zu einem „Großhaushalt“ zusammen getan und leisten sich eine professionelle Küchenlandschaft mit eigenen Köchen. Es gibt mietbare Räume für Feiern oder für Seminare der Gewerbe-



So wohnt man schweizgenossenschaftlich Illustration: kalkbreite

treibenden. Alles wird über ein elektronisches Reservierungssystem gesteuert.

In den unteren beiden Etagen des sechsgeschossigen Komplexes mieten sich Gewerbetreibende ein, darunter Greenpeace Schweiz, ein Kino, ein Restaurant und ein Laden der 20 Kilometer entfernten Bauerngemeinschaft Bachsermätt, die den Großhaushalt mit Getreide und Milchprodukten versorgt.

Die 35 Quadratmeter Wohnfläche pro Person entsprechen dem Flächenverbrauch der 50er Jahre – allerdings mit mehr Komfort und höheren Umweltstandards.

Auch der Energieverbrauch ist potentiell wieder so niedrig wie vor 50 Jahren, also etwa ein Drittel des heutigen in Mitteleuropa. Eine Solaranlage auf dem Dach deckt 20 Prozent des Stromverbrauchs, eine Wärmepumpe im Keller den gesamten Wärmebedarf.

Niedriger Umweltverbrauch heißt auch, dass es keine Autos gibt. Das stellte sich als prominenteste Schwierigkeit bei der Genehmigung heraus. „Im Stadtrat ging es nicht etwa darum, ob wir das Projekt mit seinen 60 Millionen Franken stemmen können, sondern ständig war ein Thema, dass wir keine Parkplätze wollen und autofrei bei der Kalkbreite verpflichtend war“, erinnert sich Geschäftsführer Keller. „Dabei haben 75 Prozent der in der Gegend wohnenden Zürcher sowieso kein Auto.“

mehrwohnen.ch,
kalkbreite.net

In der vergangenen Woche wurde an dieser Stelle das theoretische Konzept hinter dem Projekt Neustart Schweiz beschrieben: www.nena1.ch, www.200owatt.ch

Projekt in Deutschland:



Unter diesem Hof fährt die Straßenbahn: das Projekt Kalkbreite in Zürich Foto: Müller Sigrist

Was macht die Bewegung?

Anti-Atom-Fahnen verschenken und Flagge zeigen

Die Risiken der Atomkraft wurden uns zuletzt vor drei Jahren deutlich vor Augen geführt. Am 11. März 2011 kam es im japanischen Fukushima zur Kernschmelze, weil die Reaktoren nach der Überflutung durch einen Tsunami nicht mehr gekühlt werden konnten. Die Folgen sind verheerend: Über 150.000 Menschen mussten im Zuge der Katastrophe umgesiedelt werden, Lebensmittel und Leitungswasser waren großflächig verseucht. Bis heute ist die Situation an den Reaktoren nicht unter Kontrolle, noch immer treten große Mengen radioaktives Wasser aus. Und weite Gebiete rund um den

Unglücksreaktor werden dauerhaft unbewohnbar sein. In Deutschland führte die Katastrophe von Fukushima zum Atomausstieg, geplant bis zum Jahr 2022. Doch inzwischen beginnt sich der Wind schon wieder zu drehen. Die neue Regierung will den Umstieg auf erneuerbare Energien deutlich abbremsen. Atomausstieg und Energiewende sind drei Jahre nach Fukushima keineswegs gesichert. Öffentlicher Druck bleibt notwendig. Die taz will dabei helfen, ein Zeichen für die Energiewende zu setzen, und verschenkt Anti-Atom-Fahnen. Die einzige Bedingung: Diese werden am 11. März gut sichtbar im öffentlichen Raum angebracht – machen Sie mit: www.bewegung.taz.de

VORBILD Ein Pilotprojekt in Brandenburg erprobt die Notstromversorgung mit Brennstoffzellen

Polizeifunk mit Wasserstoff

Unvorstellbar: Ein Brand produziert einen flächendeckenden Stromausfall und Polizei und Feuerwehr sind nicht mehr erreichbar, weil ihr Funksystem dadurch gestört ist. Um das zu verhindern, ist der digitale Funk von Behörden und Organisationen über 4.500 Notstromaggregate gesichert.

Bislang sind sie mit Dieselgeneratoren ausgestattet. Diesel hält sich jedoch nicht gut, muss regelmäßig ausgetauscht und das Aggregat auf seine Verfügbarkeit hin getestet werden. Ein Pilotprojekt in Brandenburg soll jetzt Abhilfe schaffen: Statt Diesel zu verbrennen, wird flüssiger Wasserstoff mittels einer Brennstoffzelle in Energie umgewan-

delt. Der Wasserstoff reagiert zwischen zwei mit einem Beschleuniger beschichteten Metallplatten mit Sauerstoff, wobei Energie ohne Schadstoffe und Treibhausgas freigesetzt wird. Außerdem hat eine solche Zelle einen höheren Wirkungsgrad als eine Verbrennungsanlage. Allerdings muss etwas Energie aufgewendet werden, um den Wasserstoff zu verflüssigen.

Ein Problem in der bisherigen Brennstoffzellentechnik sind vor allem die hohen Investitionskosten. Das Projekt in Brandenburg, bei dem zunächst 116 Brennstoffzellen gebaut werden sollen, kostet sechseinhalb Milliarden Euro. Knapp die Hälfte davon zahlt das Bundesministeri-

um für Verkehr und digitale Infrastruktur. Einen Teil der Kosten machen Wechselrichtereinheiten aus: Teilweise ist eine separate Einheit nötig, die den in der Zelle entstehenden Gleichstrom in von normalen Netzen nutzbaren Wechselstrom umwandelt. Wolfgang Axthammer vom Branchenverband Clean Power Net kennt diesen Einwand. „Am Anfang muss man erstmal viel Geld in die Hand nehmen. Der Preis einer Zelle amortisiert sich wegen der geringeren Wartungskosten aber schon nach einigen Jahren. Außerdem kann wie bei anderen Produkten auch die Bestellung einer größeren Stückzahl den Preis drücken.“ Er gibt auch zu, dass die Brennstoffkos-

ten schwer abzuschätzen seien, weil sie stark schwanken könnten. Das ist bei Diesel allerdings nicht anders.

Entzündlicher und damit gefährlicher als andere Brennstoffe ist Wasserstoff laut dem Deutschen Wasserstoff- und Brennstoffzellenverband nicht. In einigen Bereichen, zum Beispiel in der Umwelt- oder Verkehrsmessungen, sind Brennstoffzellen in Deutschland schon längst im Einsatz.

Dort ist jedoch die benötigte Leistung geringer. Wenn beim Einsatz für den Digitalfunk in Brandenburg alles gut läuft, könnten andere Bundesländer schon bald nachziehen.

ESTHER WIDMANN